

Irl. 821.AVA - Kz/hi

B e r i c h t

über die irisch-schweizerischen Wirtschaftsgespräche  
vom 26.-28. Januar 1982 in Dublin<sup>1)</sup>

1. Ueberblick

Es handelte sich um die ersten bilateralen Wirtschaftsgespräche informeller Art auf hoher Beamtenebene. Primäres Ziel aus schweizerischer Sicht war es, die schweizerische Rolle und Bedeutung in den Wirtschaftsbeziehungen zur EG und unsere Aussenwirtschafts- und Freihandelspolitik darzustellen. Sowohl im Handels- wie auch im Aussenministerium war zwar die aktive Rolle der Schweiz in den internationalen Wirtschaftsorganisationen bekannt, jedoch weniger ihre Bedeutung im weltweiten Handel und insbesondere in den Wirtschaftsbeziehungen zur EG.

Im Handels- und im Aussenministerium fand ein breiter Gedankenaustausch über Themen der europäischen Wirtschaftsintegration, über die Beziehungen Schweiz-EG und Schweiz-Irland und über die weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Gespräche im Landwirtschafts-, im Energie- und im Finanzministerium dienten der Erörterung agrar- resp. energiepolitischer Fragen und der Wirtschaftslage beider Länder.

Am Vorabend des überraschenden Rücktrittes der Regierung Fitzgerald (im Gefolge der Budgetdebatte im Parlament) wurde Botschafter Sommaruga von Handelsminister Kelly zu einem Höflich-

---

1) Programm und Delegationsliste siehe Beilagen 1 und 2

keitsbesuch empfangen.

Mit den Gesprächspartnern im Handels- und im Aussenministerium wurde vereinbart, die bilateralen Wirtschaftsgespräche in ca 1 1/2 Jahren fortzusetzen, wobei die Schweiz es begrüssen würde, eine irische Delegation der beiden Ministerien in der Schweiz zu empfangen.

Der Besuch bot auch Gelegenheit zu einer Aussprache mit Vertretern schweizerischer Firmen.

2. Besprechung mit Asst. Secretary Carolan, Vertreter Irlands im "Art. 113 Komitee der EG", Handelsministerium

2.1. Allgemeines zur Handelspolitik

Da es sich um den ersten bilateralen Kontakt handelt, gibt Sommaruga einen Ueberblick über die Stellung der Schweiz in der Weltwirtschaft und im Welthandel und orientiert über die Grundzüge unserer Aussenhandelspolitik.

Carolan ist sich der aktiven Rolle der Schweiz in den internationalen Wirtschaftsorganisationen bewusst, hatte aber bisher ihre Bedeutung als Handelsnation nicht realisiert. Die irische Handelspolitik beruht auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung und des Freihandels; allerdings ist zu berücksichtigen, dass das Land erst seit 20 Jahren industrialisiert ist und daher für gewisse Sektoren, aus sozialen Gründen, Ausnahmen machen muss. Hingegen betrachtet Irland mit Besorgnis die protektionistischen Tendenzen, wie sie sich insbesondere in Frankreich abzeichnen. Die französischen Massnahmen entbehren eines Konzeptes und können auch EG-Länder treffen. Irland und die Schweiz haben hier die gleiche Interessenlage.

## 2.2. GATT

Die Schweiz ist besorgt über gewisse Entwicklungen im GATT (Konfusion über Schutzklauselanwendung, sektorielle Abmachungen [MFA]), die einen Rückschritt bedeuten. Das Ministertreffen 1982, dem wir anfänglich skeptisch begegnet sind, hat unsere volle Unterstützung, sofern konkrete Themen und nicht einfach Allgemeinheiten (wie z.B. ein "Trade Pledge") verabschiedet werden. Drei Bereiche stehen aus unserer Sicht im Vordergrund: Schutzklauseln, vermehrter Einbezug von Landwirtschaftsprodukten und verbesserte Integration der EL ins GATT (differenziertere Behandlung der EL bezüglich GSP, technische Hilfe bei Handelsnegoziationen, verstärkte Süd-Süd-Zusammenarbeit). Die amerikanischen Vorschläge für eine Erweiterung der GATT-Aktivitäten auf Dienstleistungen und Investitionen sind prüfenswert. Bevor aber darüber verhandelt wird, müssen diese Begriffe genau definiert werden.

Carolan ist überrascht, dass die Schweiz für einen vermehrten Einbezug der Landwirtschaftsprodukte eintritt. Irland muss sich darüber Gedanken machen, ob es in der EG eine solche Haltung einnehmen will. Die Schutzklauseldebatte wird auch von irischer Seite als nötig erachtet.

## 2.3. Europäisches Freihandelssystem

Beziehungen Schweiz-EG: Sommaruga stellt die Bedeutung der Schweiz als Freihandelspartner der EG dar. Das Freihandelssystem (FHA, Stockholmer Konvention) hat sich in einer schwierigen Wirtschaftslage als solides Instrument erwiesen und in der Schweiz Restrukturierungsprozesse begünstigt, die sich längerfristig positiv auf unsere Wirtschaftslage auswirken. Themen, die uns im Zusammenhang mit der Konsolidierung, Vertiefung und Erweiterung des Freihandels beschäftigen, sind:

- Konsolidierung: Werden für Ursprungsprodukte im Sinne des FHA, die von einem EUR begleitet sind, zusätzliche Einfuhrlizenzen verlangt, handelt es sich um eine nicht zulässi-

- ge NTB. Auch Vorschriften über die Herkunftsbezeichnung, wie sie Frankreich eingeführt hat und wie sie in einem Verordnungsvorschlag der EG-Kommission zum Ausdruck kommen, sind in verschiedener Hinsicht problematisch (Konflikt mit Ursprungsregeln und bilateralen Abkommen über Herkunftsbezeichnungen, Selektivität). Die Begehren der EFTA-Länder von 1975 zur Verbesserung der Ursprungsregeln sind von der EG noch immer nicht beantwortet. Italien und Belgien haben ihren Widerstand nun offenbar aufgegeben. Wir wissen, dass Irland nicht opponiert, wären aber froh, wenn es eine dynamischere Rolle spielen würde. Staatliche Beihilfen im Stahlsektor der EG führen zu Wettbewerbsverzerrungen, die auch die schweizerische Stahlindustrie in Bedrängnis bringen. In der BRD spielen private Kreise mit dem Gedanken, eine Anti-Dumping-Klage gegen die schweizerischen Exporteure von Betonstahl einzureichen, obwohl die Schweiz auf dem deutschen Markt nur einen geringen Anteil hat und eine Schädigung kaum geltend gemacht werden kann. Zunehmende Bedeutung erlangen die TBT. Um bei Standardisierungsfragen vermehrt mitsprechen zu können, wollen wir unsere Zusammenarbeit mit CEN und CENELEC vertiefen. Die EFTA erwägt sogar, diesen Organisationen einen Budgetbeitrag zu leisten. Der Grundsatz der reziproken Anerkennung von Prüfungen, wie er in den bestehenden EFTA-Schemes verwirklicht wurde, sollte vermehrt angewendet werden.
- Vertiefung: Sommaruga orientiert über die Aufnahme exploratorischer Gespräche mit der Gemeinschaft über die Abschaffung mengenmässiger Ausfuhrbeschränkungen für Freihandelsprodukte gemäss FHA. Die Schweiz wäre bereit, einer Negativliste zuzustimmen und eine Schutzklausel vorzusehen; es sollte jedoch eine gewisse Dynamik erhalten bleiben. Ein entsprechendes Protokoll wäre zwischen der EG und den einzelnen EFTA-Ländern zu erstellen.

- Erweiterung: Im Falle Griechenlands wurden wir vor ein fait accompli gestellt, haben aber gewisse ursprünglich vorgesehene Diskriminierungen vermeiden können. Logisch wäre ein Gleichgewicht der Konzessionen gegenüber der EG und der Schweiz gewesen. Die Argumentation der EG, dass die Oeffnung des griechischen Marktes im gleichen Umfange für alle Partner des Freihandelssystems für die griechische Wirtschaft Probleme schaffen würde, überzeugten uns nicht. Im Falle Portugals haben die EFTA-Länder nun 22 Jahre Ausnahmen gemacht. Eine Diskriminierung gegenüber der EG würden wir nicht akzeptieren können. Sollte die EG im Textilhandel mit Portugal das von der Kommission vorgeschlagene System der administrativen Zusammenarbeit einführen, wäre die Schweiz gezwungen, spezielle Schutzklauseln zu errichten, die bei Schwierigkeiten angerufen werden können. Hervorzuheben ist, dass mangels einer solchen speziellen Klausel die Anrufung der Schutzklausel des Freihandelsabkommens die ganze EG betreffen würde. Beim EG-Beitritt Spaniens sollten die EFTA-Länder dank des Abkommens von 1979 die gleichen Startbedingungen vorfinden wie die EG. Wäre dies nicht der Fall, müssten die EFTA-Länder den Zugang zu ihren Märkten für Spanien ebenfalls einschränken.

Carolan sieht in den Einfuhrlizenzen in erster Linie ein innenpolitisches Instrument zur Beruhigung der betroffenen nationalen Sektoren. Im Endeffekt sei es ohne Wirkung auf die Höhe der Einfuhren. Die Verbesserung der Ursprungsregeln deckt sich mit dem irischen Wunsch, das Freihandelssystem ökonomisch effizienter zu gestalten. Irland hat deshalb aktiv an der "Erosion" der Haltung einzelner EG-Partner gearbeitet. Das Thema der Abschaffung mengenmässiger Ausfuhrbeschränkungen ist vage bekannt. Neu und interessant ist, dass die Schweiz für Schutzklauseln bei sensitiven Produkten Verständnis aufbringen würde. Die schweizerische Haltung in der Frage der Erweiterung deckt sich mit der irischen. Auch Irland geht davon aus, dass die Gleichbehandlung sichergestellt ist.

#### 2.4. Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Handelsbeziehungen: Der Umfang des bilateralen Handels ist sehr bescheiden. Die schweizerischen Exporte setzten sich 1981 zu 63% (57 Mio Fr.) aus Maschinen und chemischen Produkten zusammen; bei den Einfuhren entfiel über 1/3 (54 Mio Fr.) auf Edelsteinpulver. Da dieses von der Zollfreizone Shannon-Airport exportiert wird, erscheint es in der irischen Ausfuhrstatistik nicht. Dies dürfte der Hauptgrund sein für die beträchtlichen Abweichungen in den Aussenhandelsstatistiken beider Länder. Im bilateralen Verkehr weisen beide einen Passivsaldo aus.

Bilaterale Probleme: Auf die schweizerische Frage über den Zeitpunkt des Beitrittes Irlands zur "Convention on the Control and Marking of Articles of Precious Metal" (Hallmarking Convention) bestätigt Carolan, dass die gesetzliche Grundlage für den Beitritt nun gegeben sei. Die Verordnung sollte Mitte 82 vorliegen und der Beitritt Ende dieses Jahres erfolgen können.

Im Zusammenhang mit der Budgetdebatte im irischen Parlament wurde von der Möglichkeit der Einführung eines Importdepots gesprochen. Die Schweiz würde eine solche Massnahme bedauern, weil sie die Handelspartner diskriminiert. Sommaruga weist in diesem Zusammenhang auf die Schritte hin, welche wir gegenüber Italien unternommen haben, und kritisiert die verspätete Notifizierung der italienischen Massnahme durch die EG-Kommission.

Investitionen: Die irische Seite ist enttäuscht über die relativ geringe Investitionstätigkeit der Schweiz in Irland. Ihre Investitionen betragen nach Schätzung der Industrial Development Authority 22,5 Mio I.£ (kumuliert 1960-80); sie belegt den 9. Rang unter den ausländischen Investoren. Sommaruga erläutert die liberale Haltung der Schweiz. Die Regierung

mischt sich in Investitionsentscheide der Unternehmer nicht ein. Irland ist es freigestellt, in der Schweiz zu werben und wird auf eine grosse Konkurrenz anderer Promotoren stossen. Besorgt sind wir hingegen über die Kompetition unter verschiedenen Ländern bezüglich Incentives, um Investitionen anzulocken. Die EG-Bestimmungen gehen uns bereits zu weit, weil sie zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

### 3. Besprechungen mit Dy. Secretary S. Gaynor, Aussenministerium

#### 3.1. Internationale Wirtschaftsbeziehungen

In der Frage der Institutionalisierung von Gipfeltreffen ist die Auffassung beider Länder weitgehend gleich. Auch Irland hält daran fest, dass die Meinungsbildung innerhalb bestehender Institutionen erfolgt. Dies sei - auf Druck der kleinen EG-Mitgliedsländer - auch die Haltung der EG.

Das Treffen von Cancun hat aus irischer Sicht nicht viel gebracht, höchstens akzentuiert, dass die Interessen der USA nicht unbedingt mit denjenigen Irlands übereinstimmen. Solange USA bilaterale Vereinbarungen mit bestimmten Ländern Priorität einräumt, sind Globalverhandlungen nicht möglich. Der Eindruck besteht, dass sich Frankreich und BRD zu fest von der amerikanischen Interessenpolitik beeinflussen lassen. Möglicherweise wird die Gruppe 77 nun mehr Gewicht auf Aktivitäten im GATT und in der UNCTAD setzen.

Die Schweiz ist im Gegensatz zu Reagans Prinzip (Trade not Aid) für Trade and Aid. Sie hat in einer schwierigen Phase der Rezession ein grosszügiges GSP-System eingeführt, während die EG und insbesondere Frankreich eine Politik der Marktschliessung für Produkte der EL verfolgen. Wir sind über den zunehmenden Protektionismus (staatliche Strukturbeihilfe und Exportkredite, TBT, Selbstbeschränkungsvereinbarungen) im

Freihandelsraum besorgt. Mit Japan haben wir keine wesentlichen Probleme. Hingegen ist die Entwicklung in Frankreich für uns von Bedeutung. Wir haben deshalb in Brüssel interveniert, unsere Besorgnis ausgedrückt und zusätzliche Informationen verlangt. Sollte die schweizerische Industrie von uns Gegenmassnahmen fordern, so müssten diese auf Grund unseres FHA alle EG-Länder treffen.

Gaynor ist über die französischen Massnahmen ebenfalls noch im Unklaren. Irland wird auf einer Respektierung des Römer Vertrages bestehen und hat auch alles Interesse daran, dass das Freihandelsabkommen Schweiz-EWG nicht verletzt wird.

### 3.2. Beziehungen Schweiz-EG und EFTA-Länder-EG

Sommaruga gibt einen Ueberblick über die engen Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der EG. Auch im Rahmen der zweiten Generation (Liberalisierungsabkommen im Dienstleistungssektor, COST und EURATOM, Vermeidung Abbau technischer und nichttarifarischer Handelshemmnisse, Informationsaustausch in den Bereichen Transport, Umweltschutz, Wirtschafts- und Währungspolitik) ist eine Vertiefung der Beziehungen im beiderseitigen Interesse.

Die Beziehungen der EFTA-Länder zur EG sind sehr gut. Die EFTA ist auch ein Koordinationsinstrument in unseren Beziehungen zur EG. Im Gegensatz zu Norwegen und Schweden sucht die Schweiz keinen institutionalisierten politischen Bezug zur EG. Wenn nötig, werden wir solche Kontakte ad hoc suchen.

### 3.3. EG-interne Entwicklung

Mandat vom 30. Mai 1980: Das Einkommen der irischen Bauern ist seit 1977 um 50% gesunken. Irland ist der EG beigetreten im Wissen, dass 40% seiner Arbeitsplätze in der Industrie verloren gehen würden. Ein Ausgleich musste in der Landwirtschaft - durch die Ausdehnung des Absatzmarktes - erfolgen. Es liegt auf der Hand, so Gaynor, dass Irland jeden Vorschlag,

der die Agrarausgaben der EG künstlich begrenzen soll, ablehnt. Am informellen Ministertreffen vom Montag (25. Januar) in Brüssel sei ein Beschluss nicht erfolgt, weil Frankreich, Irland und Griechenland sich nicht in eine politische Diskussion einlassen wollten, bevor die finanziellen Implikationen eines Kompromisses bekannt sind. Aus irischer Sicht dürfte es schwierig sein, in der im Zentrum stehenden Frage der Agrarpreisfixierung zu einer Einigung zu kommen. Irland ist an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert (unterstützt von Dänemark und eventuell Griechenland).

EG-Erweiterung: Obwohl politisch wünschbar, wird der Beitritt Spaniens und Portugals aus irischer Sicht wirtschaftlich problematisch. Regional- und Sozialfonds werden stärker belastet: der Cake muss für mehr Leute reichen als bisher. Sommaruga weist im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen auf die schweizerische Haltung und Interessenlage hin und unterstreicht, dass wir eine Diskriminierung wie im Falle Griechenlands gegenüber EG-9 nicht akzeptieren könnten.

EMS: Gaynor hat nicht den Eindruck, dass Grossbritannien den Beitritt (demnächst) beabsichtigt.

#### 3.4. West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen

Polen: Irland ist gegen selektive wirtschaftliche Sanktionen gegenüber USSR. 80% des Handels mit USSR besteht aus Agrarprodukten (die von selektiven Sanktionen am ersten betroffen würden) und zudem wären empfindliche Gegenmassnahmen nicht auszuschliessen. Hingegen befürwortet Irland die Reklassifizierung der USSR in die Gruppe der relativ entwickelten Länder im Exportkreditarrangement der OECD.

Sommaruga orientiert über die Stellungnahme des Bundesrates und erläutert die schweizerische Praxis im Falle wirtschaftlicher Sanktionen, die nicht von allen Ländern getragen sind.

KSZE-Konferenz Madrid: Sommaruga erläutert die schweizerische Haltung. Gemäss Gaynor wird der irische Aussenminister nach der Wiedereröffnung der Konferenz - wie die meisten anderen Aussenminister der EG-Länder - persönlich nach Madrid gehen.

### 3.5. Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Sommaruga weist auf die Möglichkeit hin, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren, worunter auch die vermehrte Investitionstätigkeit der Schweiz in Irland fällt. In diesem Zusammenhang ist die von der Firma von Roll ausgearbeitete Feasability Study für eine Verbrennungsanlage für die Stadt Dublin zu erwähnen; käme dieser Auftrag der Schweizer Firma zugute, wäre dies eine gute Gelegenheit, schweizerische Unternehmen auf Irland aufmerksam zu machen und die gegenseitigen Beziehungen zu vertiefen.

### 4. Besprechungen mit Asst. Secretary Clarke, Finanzministerium

Am Vortage dieses Gespräches war die Regierung Fitzgerald zurückgetreten, weil das von ihr präsentierte Austeritätsbudget im Parlament zu Fall gebracht wurde. Im Vordergrund des Gespräches mit Clarke stand deshalb die irische Wirtschaftssituation.

Zur Lage der Wirtschaft: Nach Clarke ist Irland ein klassischer Fall eines Entwicklungslandes im Take-off-Stadium: hoher Anteil des landwirtschaftlichen Sektors, hohe Arbeitslosigkeit und Inflation, grösstes Bevölkerungswachstum der EG (1,5%). Um Investoren anzulocken, musste Irland einen grossen Markt anbieten können, was mit dem Beitritt zur EG verwirklicht wurde. Das Dilemma liegt darin, dass die geringen Preise im landwirtschaftlichen Sektor die Einkommensbildung erschwerten. Die Oelkrise von 1974 und die (importierte) Inflation hatten Zahlungsbilanzprobleme zur Folge, welche nach dem zweiten Erdölschock - der von Rekorddefiziten im öffentlichen Sektor, Stagflation und

(als Folge der Abwertung des irischen Pfundes) höheren Importpreisen begleitet war - noch verschärft wurde. Seit 1979 haben deshalb die Auslandskredite stark zugenommen.

Die Politik der Regierung Fitzgerald räumte der Bekämpfung des Budgetdefizites und dem Abbau der Auslandverschuldung (die pro Kopf grösser ist als diejenige Polens) Priorität ein. Das Budgetdefizit sollte durch Kostensenkungen und erhöhte Effizienz des öffentlichen Sektors (Anteil am BSP: 42%) einerseits und durch Einnahmensteigerungen (Mehrwertsteuererhöhung) andererseits abgebaut werden. Zentrales Thema im Vorfeld der Budgetdebatte war die Auslandsverschuldung. Zu präzisieren ist, dass Irland noch keine IMF-Kredite benötigt. Europäische und japanische Banken stehen vor der Tür, die Irland belehnen wollen. Politik der Regierung war es aber, die Gefahr des Verlustes der wirtschaftspolitischen Unabhängigkeit jetzt zu unterbinden. Aussichten: Irland hofft, dass 1983 der Welthandel einen Aufschwung erleben wird. Die durchschnittliche Wachstumsrate in den nächsten fünf Jahren sollte um 3% liegen. 18 - 20'000 neue Arbeitsplätze müssen jährlich geschaffen werden. Das wichtigste für Irland ist es deshalb, die Attraktivität als Investitionsstandort zu erhalten. Das Zahlungsbilanzdefizit sollte von heute 14% (Anteil am BSP) auf 6% gesenkt werden, was allerdings - wenn nicht Oelfunde gemacht werden - schwierig sein dürfte. Der allernächste Schritt ist nun die Ausarbeitung eines neuen Budgets, sobald die neue Regierung feststeht (Wahlen 18. Februar).

EMS: Auf die Frage von Sommaruga ist Clarke der Meinung, dass es unwahrscheinlich ist, dass in den nächsten 2-3 Jahren neue Integrationsbestrebungen erfolgen. Die Konvergenz der Wirtschaftspolitiken ist durch globale Probleme (2. Erdölschock, Rezession), die vorderhand jeder Staat einzeln zu lösen sucht, in den Hintergrund gerückt.

Mandat vom 30. Mai 1980: Als Nettoempfängerland ist Irland besorgt über die aktuelle Lage. Es hofft, dass die Zahlungen an Grossbritannien nicht zu Lasten der Agrarpreiserhöhungen ausfallen. Irland ist der EG wegen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beigetreten und jede grundsätzliche Aenderung wäre unvereinbar mit dem "Acquis", den Irland beim EG-Beitritt ausgehandelt hat.

5. Besprechungen mit Asst. Secretary D. Mockler, Landwirtschaftsministerium

---

Mandat vom 30. Mai: Gemäss Mockler entfallen 22% des irischen BSP auf Landwirtschaftsprodukte, sogar 40%, wenn verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse mitgerechnet werden. 40% der Ausfuhren sind Agrarprodukte (50% inklusive verarbeitete Erzeugnisse). 80-90% dieser Ausfuhren gehen in die EG. Es ist deshalb verständlich, dass für Irland die Mandatsfrage primär eine Frage der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist. Mockler teilt die Ansicht anderer Staaten nicht, dass andere Politiken (Industriepolitik, Wirtschaftspolitik etc.) wegen der Agrarpreispolitik zu kurz kommen. Wenn diese anderen Politiken so wichtig sind, kann die Erhöhung des Mehrwertsteuerbeitrages von 1%, der eine künstliche Grenze ist, diskutiert werden. Irland will die Grundsätze der GAP nicht ändern. Das Postulat einer quantitativen Begrenzung mit Preisdecke steht aus irischer Sicht im Widerspruch zum "Acquis communautaire". Zwar ist einzusehen, dass Grossbritannien Kompensationen erhalten muss und dass diese aus dem Budget zu finanzieren sind, aber nicht auf Kosten der Agrarpreise. Die Frage von Sommaruga, ob unter den Mitgliedländern Konsens darüber bestehe, dass die Agrarpreise nicht stärker zunehmen sollen als die Gesamtausgaben, verneint Mockler. Dies sei "wishful thinking" seitens GB und BRD. In der Preisfrage werde Irland von Dänemark und zum Teil von Frankreich unterstützt. Strukturbeihilfen anstelle von Preiserhöhungen sind für Mockler keine Alternative, weil erstens die indikativen Decken erreicht sind und zweitens der unterstützte Mitgliedstaat 75% der Strukturmassnahmen aus eigenen Mitteln finanzieren muss.

GAP und zweite EG-Erweiterung: Die Diskussion um die Auswirkungen des Beitritts von Spanien und Portugal ist im Gange. Probleme ergeben sich primär bei Olivenöl, weniger bei Wein, Früchten und Gemüse. Müssten die Beihilfen an Spanien und Portugal für Olivenöl in gleicher Höhe wie den bisherigen Bezüglern gewährt werden, bedeutete dies eine Verdoppelung der Kosten.

Eine Lösung kann wahrscheinlich nur über direkte Strukturbeihilfen an Italien gefunden werden.

Die technischen Gespräche mit Spanien im Agrarbereich können laut Mockler im Prinzip in der zweiten Hälfte 1982 abgeschlossen werden, jedoch hängt dies von der Lösung der Mandatsfrage ab. Portugal ist von den Marktprodukten her weniger schwierig als Spanien, jedoch sind die Verhandlungen mühsamer (ineffiziente Administration/mangelhafte Statistiken). Für eine (auf politischer Ebene postulierte) Ueberprüfung der Beitrittsbedingungen Griechenlands bestehen bisher, was den Landwirtschaftssektor betrifft, keine Anzeichen.

Beziehungen Schweiz-EG: Sommaruga orientiert Mockler, dass die Schweiz die Entwicklungen im Zusammenhang mit den bilateralen Käse-Mindestpreisvereinbarungen zwischen der EG und anderen EFTA-Ländern aufmerksam verfolgt. Er weist auf mögliche GATT-Implikationen hin, die durch eine Aenderung dieser Vereinbarungen entstehen könnten. Ferner erläutert er die Gründe, welche die Schweiz zur Dekonsolidierung im Futtermittelbereich und zur Ausdehnung der Einfuhrkontrollen auf neue Tarifpositionen zwingen.

6. Besprechungen mit Asst. Secretary S. Fitzgerald, Energieministerium

Zur Lage Irlands im Energiesektor: Irland ist zu 80% auslandabhängig. Einheimische Ressourcen sind Torf (15%) und geringe Naturgas- und Kohlevorräte. 70% des Verbrauches ist Erdöl. Im Gefolge der Marktverknappung von 1979 wurden mit Irak und Saudi-

arabien (1981) durch die Irish National Petroleum Corporation langfristige Verträge über je 500'000 t/Jahr abgeschlossen. Die Entspannung im Oelmarkt hatte dann zur Folge, dass die INPC auf ihren Vorräten sitzen blieb und enorme Verluste hinnehmen musste. Atomenergie ist im Moment weder politisch noch ökonomisch als Alternative denkbar. Da die Versorgung mit eigenem Erdöl vorläufig noch fraglich ist, setzt die Regierung vor allem auf Gas, Kohle und Torf. Diese Energieträger sollten bis in 10 Jahren 55% der Versorgung decken, Rest Erdöl.

EG-Energiepolitik: Auf die Frage von Sommaruga, ob eine Gemeinsame Energiepolitik in Reichweite sei, meint Fitzgerald, dass zwar grandiose Ideen zirkulieren über eine gemeinsame Politik nach dem Schema der GAP. Zu berücksichtigen sei aber, dass die EG es sich nicht leisten könne, finanzielle Aufwendungen für eine solche Politik zu machen. Ihre Funktion könne daher höchstens eine richtungweisende und koordinierende sein.

Sommaruga erläutert die schweizerische Versorgungsstruktur und weist auf die unterschiedliche Beschaffungspolitik hin (Eindeckung am Spotmarkt). Er erwähnt auch hier das Projekt für eine Verbrennungsanlage der Stadt Dublin, für welche die Firma von Roll als Lieferant in Frage käme.

## 7. Kontakte mit Vertretern schweizerischer Firmen

Firmenbesuche: Das Irish-Swiss Institute of Horology wurde 1967 von der schweizerischen Uhrenindustrie in Zusammenarbeit mit den staatlichen Ausbildungsstellen gegründet. Es bildet in einem Dreijahreskurs (ca 10 Lehrlinge/Jahr) Uhrmacher aus. FH stellt den (Schweizer) Direktor und einen Unkostenbeitrag von Fr. 50'000.-/Jahr zur Verfügung. Drei weitere Lehrkräfte und die übrigen Kosten werden von staatlicher irischer Seite bezahlt.

Die HANRO (Ireland) Ltd. nahm den Betrieb im Januar 1981 (9 Monate nach dem Investitionsentscheid) auf und beschäftigt 80 Personen, insbesondere Näherinnen. Grund für die 1,5 Millionen Franken Investition (Kapitalkosten) waren primär die billigen Arbeitskräfte und die Incentives (Investitions- und Ausbildungsbeihilfen, Steuervergünstigungen, Kreditbeihilfen). Das Rohmaterial (zugeschnittene Stoffe) wird aus der Schweiz bezogen und nach der Veredelung wieder in die Schweiz zurückgesandt.

Besprechung auf der Botschaft (Teilnehmer siehe Beilage 3): Die Vertreter der Schweizer Firmen sind der Ansicht, dass der irische Markt ein grosses Wachstumspotential hat, sowohl in bezug auf den Inlandmarkt wie auch als exportorientierter Standort. Die Schweiz sei im Vergleich zu anderen Industrieländern auf diesem Markt zu wenig aktiv. Insbesondere um öffentliche Aufträge zu erhalten, sei eine lange und intensive Bearbeitung auf Platz notwendig. Besondere Probleme bestehen nicht.

Wirtschaftsgespräche  
Schweiz-Irland  
26.-28. Januar 1982

---

Beilage 1

Programm und irische Gesprächspartner

25. Januar

19.30      Ankunft in Dublin

26. Januar

09.00      Besuch Irish-Swiss Institute of Horology, Dublin  
            (Director E. Golay)

11.00      Besuch Hanro (Ireland) Ltd., Dublin  
            (General Manager D.J. McCarthy)

16.45      Besprechung mit Vertretern schweizerischer Firmen  
            in Irland

18.30      Cocktail offeriert von Botschafter H. Miesch für  
            Behörden- und Wirtschaftsvertreter

27. Januar

10.00      Höflichkeitsbesuch bei Handelsminister John Kelly

10.30-1315    Besprechung im Handelsministerium mit:  
            C.F. Carolan, Asst. Secretary, Int. Trade Division  
            S. O'Donnell, Principal Officer  
            B. Haste, Principal Officer  
            F. Clarke  
            R. Molloy, Principal Officer (Industrieministerium)

- 2 -

15.00-18.00 Besprechung im Aussenministerium mit:  
S. Gaynor, Dy. Secretary  
P. Galagher, Counsellor  
J. Deady, First Secretary

28. Januar

10.00-11.30 Besprechung im Finanzministerium mit:  
E. Clarke, Asst. Secretary  
B. Scully, Principal Officer  
R. Doyle

11.30-12.30 Besprechung im Landwirtschaftsministerium mit:  
D. Mockler, Asst. Secretary  
S. Dooney, Principal Officer

13.00 Offizielles Essen, offeriert von Botschafter  
H. Miesch

16.00-17.30 Besprechung im Energieministerium mit:  
S. Fitzgerald, Asst. Secretary  
D. Byrne, Principal Officer

29. Januar

07.30 Abflug von Dublin

Swiss-Irish Economic Consultations  
Dublin, January 26 to 28, 1982

---

Swiss Delegation

Cornelio Sommaruga	Ambassador Delegate of the Federal Council for Trade Agreements
Hans Miesch	Swiss Ambassador in Ireland
Heinz Lüdi	First Secretary Swiss Embassy, Dublin
Peter Künzi	Desk Officer Federal Office for Foreign Economic Affairs Federal Department of Public Economy

Teilnehmer an der Besprechung mit Botschafter Sommaruga  
26. Januar 1982 in Dublin

Engd.-	Mr. B. Magill	Chairman	
Yes	Mr. D. O'Sullivan	Managing Director ]	Brown Boveri (Ireland) Ltd.
Yes	Mr. M. Landolt	Manager for Ireland	Swissair
Yes	Mr. E. O. Baily	Manager	Zurich Insurance Company
Yes	Mr. D. McCarthy	General Manager	Hanro (Ireland) Ltd.
Yes	Mr. C.V. O'Donnell		Sprecher & Schuh (Ireland) Ltd.
Yes	Mr. L. T. O'Brien	General Manager	Sandoz Products (Ireland) Ltd.
Yes	Mr. L. V. McKeever		Geigy Pharmaceuticals
Away -	Mr. S. McHugh		SSIH (Ireland) Ltd.
Yes	Mr. M. Golay	Director	The Institute of Horology
Yes	Mr. H. Müller	Production Manager	Scriptomatic S.A.
Engd. -	Mr. J. Lynam	Chairman	Lake Electronic Designs Ltd [ref. Hasler]
Yes	Mr. J. Mulrane		Eastern Telectric Ltd. [ref. Gfeller]
Yes	Mr. Henry Spring		Henry Spring & Co. Ltd., Watch importers
Yes	Mr. Jonathan Spring ]		
Yes	Mr. A. Speidel	Managing Director	General Motors Distribution (Ireland) Ltd.
Yes	Mr. John Cahill		James Murphy & Co. Ltd. [ref. Moussy]
Yes	Mr. Sean Eustace		[ref. von Roll]
Away -	Mr. J. Blum	Director	Shannon College of Hotel Management
Yes	Mr. M. Loth	Technical Director	Scientific Instrument Co.
Yes	Mr. B. Hollands	Sales & Service ]	[ref. Wild Heerbrugg]
	Mr. B.A. Gaughran	Managing Director	Eurohygiene Ltd.
	[invited Reception only]		[ref. Steinfels]



Bundesamt für Aussenwirtschaft  
Office fédéral des affaires économiques extérieures  
Ufficio federale dell'economia esterna

~~Wro~~ RB  
Soll ich was  
wissen / lesen?  
PS  
11/2  
Nicht  
zu Ky  
Evo

3003 Bern,  
Bundeshaus Ost

den 10. Februar 1982

Ø 031/61

22.95

Ihr Zeichen  
Votre signe  
Vostro segno

Schweizerische Botschaft

Unser Zeichen  
Notre signe  
Nostro segno

Irl. 821.AVA - Kz/hi

D u b l i n

Irish-schweizerische Wirtschaftsgespräche,  
26. - 28. Januar 1982 in Dublin

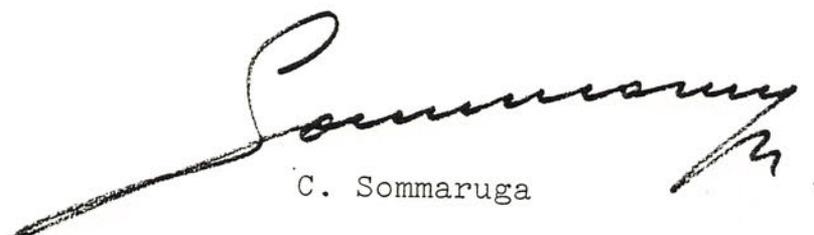
Herr Botschafter,

Zu Ihrer Information finden Sie in der Beilage den Bericht über die oben erwähnten Gespräche.

Wir benützen die Gelegenheit, um Ihnen, Ihrer Gattin und Ihren Mitarbeitern für die ausgezeichnete Vorbereitung der Tagung und für Ihre grosszügige Gastfreundschaft in der Residenz bestens zu danken.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Beilage

  
C. Sommaruga

Kopie mit Beilage an:

Herrn Bundesrat F. Honegger

Generalsekretariat EVD

EDA, Politische Direktion

EDA, Politische Abteilung I

EDA, Finanz- und Wirtschaftsdienst

Integrationsbüro EDA/EVD

Bundesamt für Landwirtschaft

Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT, Genf

Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel

Schweiz. Delegation bei der OECD, Paris

Schweizerische Botschaft in: Athen, Bonn, Brüssel, Den Haag,  
London, Luxemburg, Kopenhagen,  
Paris, Rom

HH. J, Ja, So, vT, Rb, Ly, Hf, Sb, Gi, Lu, Md, Eb, A, Wb, Bro,  
Pw, Kz